Erscheint Montag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag.
Auflage: 1800.
Preis vierteljährl. hier mit Trägerlohn 90 ₰, im Bezirk 1 ℳ, außerhalb d. Bezirks 1 ℳ 20 ₰. Monatsabonnements nach Verhältnis.

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

74. Jahrgang.

Insertions-Gebühr f. d. einspaltige Zeile aus gewöhnl. Schrift oder deren Raum bei einmalig. Einrückung 9 ₰, bei mehrmalig. je 6 ₰.
Gratisbeilagen: Das Plauderstübchen und Schwäb. Landwirt.

№ 90. Nagold, Montag den 12. Juni 1899.

Amtliches.

Bekanntmachung,
betr. Aenderungen der Statuten der Oberamtssparkasse Nagold.

Durch Erlaß der K. Kreisregierung Reutlingen vom 9. Juni d. J. Nr. 5920 sind die nachstehenden von der Amtsversammlung am 27. August v. J. beschlossenen Aenderungen des Statuts der Oberamtssparkasse und zwar Ziffer 2 zufolge Ermächtigung des K. Ministeriums des Innern vom 1. d. Mts. genehmigt worden.

1) Einschaltung eines neuen § 5 a zwischen § 5 und 6 — betr. die Gewährung von Renten-Annuitäts-Darlehen —

§ 5 a

Die Sparkasse gewährt bis zu dem Gesamtbetrag von höchstens ein Viertel ihrer Einlagen gegen die in § 5 Ziffer 1—3 der Statuten näher bezeichnete Pfandsicherheit unter folgenden Bedingungen Annuitäts-Darlehen:

1) Der Mindestbetrag eines Rentendarlehens ist 500 ℳ
2) Die längste Dauer der Schuldentilgungsfrist beträgt 56 Jahre mit einer kleinsten Tilgungsrate von $^1/_8$%, die kürzeste 10 Jahre.
3) Innerhalb dieser Tilgungsfrist kann der Schuldner jederzeit die vertragsmäßige Tilgungsrate in eine höhere oder eine geringere verwandeln lassen.
   Außerdem werden größere oder kleinere Kapitalabzahlungen jederzeit zu denselben Bedingungen, wie bei anderen Hypothekarschulden angenommen.
4) Für besondere Fälle, wie z. B. Mißwachs, Hagelschlag u. s. w. kann dem Schuldner nach dem Ermessen des Verwaltungsrats gestattet werden, die Kapitaltilgung bis zu fünf Jahren auszusetzen.
5) Die Zins- und Rentenzahlung hat bei kleineren Schuldsummen jährlich bei Kapitalien von 10000 ℳ und mehr halbjährlich zu erfolgen.
6) Die Rentendarlehen (Annuitäts-Darlehen) sind auch seitens der Sparkasse kündbar, jedoch wird der Verwaltungsrat, wenn es die Verhältnisse gestatten, bei pünktlicher Zins- und Rentenzahlung die Renten-Darlehen erst nach den Hypothek-Darlehen zur Kündigung bringen.
7) Der Zinsfuß für Renten-Darlehen soll bis auf Weiteres $3^3/_4$% betragen.

2) In § 6 lit. d sollen die Worte: „Gebäude sind hiebei ausgeschlossen" gestrichen werden.

Nagold, den 10. Juni 1899.

K. Oberamt. Ritter.

An die gem. Aemter.

Behufs Vervollständigung der Ortsbibliotheken wollen die gem. Aemter binnen 8 Tagen als portopflichtige Dienstsache berichten, welche Bücher und Schriften landwirtschaftlichen Inhalts sie etwa wünschen.

Nagold, den 11. Juni 1899.

K. Oberamt. Ritter.

Bekanntmachung,
betr. die Säuberung der Obstbäume und Beerenkulturen von Blattläusen und Raupen.

Die Besitzer von Obstbäumen und Beerenkulturen werden hiemit aufgefordert, ihre Obstbäume und Beerstöcke von den in diesem Jahre wieder so massenhaft auftretenden Blattläusen und Raupen **ohne Verzug** zu reinigen und die Reinigung in angemessenen Zeitabschnitten solange zu wiederholen, als sich diese Insekten auf den Bäumen und Sträuchen zeigen.

Die **Schultheißenämter** wollen diese Anordnung in ortsüblicher Weise bekannt machen, die Baumbesitzer entsprechend belehren, die Ausführung der Vorschrift überwachen und die Säumigen zur Verantwortung und eventuell zur Strafe ziehen.

Von den verschiedenen Bekämpfungsmitteln wird insbesondere das Bespritzen der Bäume und Sträucher mit Kupferkalkbrühe oder das Bestäuben mit Kupferzuckerkalkpulver empfohlen.

Nagold, den 11. Juni 1899.

K. Oberamt. Ritter.

Die K. Ortsschulinspektorate

werden ersucht, die Lehrerwehrlisten bis 20. d. Mts. an das Unterzeichnete einzusenden.

Altensteig-Dorf, 9. Juni 1899.

K. Bezirksschulinspektorat: Schott.

Gestorben: Frhr. Friedrich v. Phull-Rieppur, Obermönsheim. — Karl Horn, Rentamtmann a. D., 78 J. a., Stuttgart. — Luise Hänni, geb. Blessing, Stadtmissionars Wwe., Stuttgart. — Schuler, restg. Schultheiß, Gomaringen. — Sabine Sannwald, geb. Nabholz, Schullehrers Ww., 76 J. a., Stuttgart. — Gottlieb Ruff, Bauunternehmer, 52 J. a., Stuttgart.

Verbilligung des Personentarifs auf den Württ. Eisenbahnen.

Nach der Sitzung des Landtags vom 8. Juni ist eine süddeutsche Eisenbahntarifgemeinschaft angebahnt. Die nächsten Absichten, die der jetzt geplanten Vereinigung zu Grunde liegen, sind Vereinheitlichung und dabei Verbilligung des Personentarifs. Der endgiltige Abschluß der Vereinbarung ist noch nicht erfolgt, aber doch lassen sich aus der jetzt bekannt gegebenen Haltung der württ. Verwaltung einigermaßen Schlüsse ziehen. Man plant für den Personentarif im Allgemeinen weitgehende Ermäßigungen. Darnach läßt sich folgende Tabelle für den künftigen Kilometerpreis aufstellen.

Klasse:	bisher:	künftig:
3.	3,4 ₰	2,5 oder 2,3 ₰
2.	5,3 ₰	4
1.	8 ₰	6

Für die einfache Fahrt würde sich also eine ganz erhebliche Verringerung der Fahrkosten ergeben. Beispielsweise würde mit den üblichen Aufrundungen, eine Fahrt von Stuttgart nach Friedrichshafen (198 km) statt bisher in der 3. Kl. 6 ℳ 80 ₰ bezw. in der 2. Kl. 10 ℳ 50 ₰ nur noch 4 ℳ 95 ₰ (oder 4 ℳ 60 ₰) bezw. 7 ℳ 95 ₰ kosten, eine Fahrt nach Tübingen (72 km) statt 2 ℳ 50 ₰ bezw. 3 ℳ 60 ₰ nur noch 1 ℳ 80 (oder 1 ℳ 70 ₰) bezw. 2 ℳ 90 ₰. Die Kehrseite dieser Erleichterungen ist auch nicht ausgeblieben. Wegfallen sollen vor allem unsere 10tägigen Rückfahrkarten, die Landesfahrkarten, die Fahrkartenbücher, also lauter Spezialitäten, die der Partikularist mit Vorliebe und besonderem Stolz als „moralische Eroberungen" Württembergs zu feiern pflegt. Mit dem Wegfall der Rückfahrkarten ist die Sache in Wirklichkeit bei der geplanten Tarifermäßigung für den Fahrenden nicht so ungeschickt, als sie aussieht. Trotz des Wegfalls einer niederen Taxe wird man künftig in der 3. Klasse auch „retour" noch billiger oder höchstens um den gleichen Preis fahren wie bisher. Beispiele mögen dies zeigen. Eine Rückfahrkarte nach Friedrichshafen 3. Kl. kostet bisher 10 ℳ 50 ₰; künftig wird es zweimal 4 ℳ 95 ₰ (oder 4 ℳ 60 ₰) kosten, also nur 9 ℳ 90 bezw. 9 ℳ 20 ₰. Nach Tübingen bezahlte man bisher 3 ℳ 60 ₰, künftig zweimal 1 ℳ 80 ₰ (oder 1 ℳ 70 ₰), also 3 ℳ 60 ₰ oder 3 ℳ 40 ₰; nach Heilbronn bisher 2 ℳ 90 ₰, künftig zweimal 1 ℳ 35 ₰ (oder 1 ℳ 25), also nur 2 ℳ 70 oder 2 ℳ 50 ₰. Vorauszusetzen wird allerdings sein, daß die Rückfahrkarte als solche nicht verschwindet; sie bietet, (wie auch die zusammenstellbaren Hefte) so viele Vorzüge, daß man sie der Bevölkerung nicht vorenthalten darf. Was aufzuhören hat, das ist nicht die Form, sondern nur die bisherige Bevorrechtung im Preis. Eine richtige Tarifreform wird allerdings mit den im Laufe der Zeit eingerissenen Ausnahmen, die an allen Ecken und Enden den Regeltarif durchbrechen, aufzuräumen haben und an Stelle dieses undurchsichtigen und prinziplosen Labyrints von Ermäßigungen aller Art einen einheitlichen billigen Haupttarif schaffen müssen. Die neuen Vorschläge liegen im Uebrigen, zumal da sie erst Vorschläge und noch gar nicht Beschlüsse sind, noch nicht so klar, daß es heute möglich oder angezeigt wäre, Stellung zu nehmen, weder im Ganzen noch im Einzelnen. Vor allem wird sich noch zeigen müssen, ob die süddeutschen Abmachungen dem Artikel 42 der Reichsverfassung, der vorschreibt, daß „die deutschen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Nez zu verwalten" sind, entgegenwirken und seine endliche Durchführung erschweren, oder ob man in dem neuen Vorschlag die Möglichkeit, Wahrscheinlichkeit oder gar das Bestreben finden will und kann, zu der Verkehrseinheit auf einem Umweg zu gelangen, nachdem die andern Wege nicht zum Ziele geführt haben.

Württembergischer Landtag.

(49. Sitzung.)

Präs. Payer eröffnet sie 9¼ Uhr. Von Kloß (Soz.) ist eine Interpellation an den Ministerpräsidenten betr. die Stellungnahme der württ. Vertreter im Bundesrat zu der sog. Zuchthausvorlage eingegangen. Am Min.-T.: v. Pischek mit Min.-Rat v. Mosthaf. Beratung des Ges.-Entw. betr. die Handelskammern. Hähnle verweist darauf, daß er bei der allg. Besprechung am 30. Jan. d. J. für eine Vertretung der Kleingewerbetreibenden, der kleinen Wirte, Krämer ꝛc. eingetreten sei. Dieselben haben inzwischen keinen Finger gerührt und es sei daher ihre eigene Schuld, wenn ihnen die Vertretung jetzt genommen wird. Ref. Haffner (D. P.) erstattet nun Bericht über die Stellung der Komm. zu den einzelnen Artikeln. Art. 1, welcher von dem bekannten Zweck der Handelskammern handelt, wird unverändert angenommen. Bei Art. 2 beantragt die Komm. einen Absatz 2: „Dem Ministerium steht es zu, festzusetzen, daß eine bestimmte Zahl der ordentlichen Mitglieder aus am Sitze der Kammer nicht wohnhaften Mitgliedern zu bestehen habe". Wird angenommen. Ferner beantragt die Komm. folgende Resolution: „Die Regierung um Errichtung von 8 Handelskammern entsprechend der bisherigen Zahl der Handels- und Gewerbekammern zu ersuchen". Betz und Erhardt (B.-P.) bringen den Antrag ein: „Es sollen in Württemberg nur 4 Handelskammern: in Stuttgart, Ulm, Heilbronn und Reutlingen errichtet werden: die Mitgliederzahl bestimmt das Ministerium des Innern". Betz begründet diesen Antrag. Wenn gegen die Abschaffung der kleineren Kammern: Calw, Rottweil, Ravensburg und Heidenheim bis jetzt nichts eingewendet wurde, so geschehe dies, weil ein Kommerzienrat dem andern kein Auge aushackt. Bei der Zahl 4 werden die Kammern lebensfähiger. Pfaff (D. P.) ist auch für eine Verminderung der Kammern. Rembold (Z.) meint: Die Heilbronner Spezialitäten seien nicht für das ganze Land maßgebend. Min. v. Pischek legt den Reg.-Standpunkt dar. Hier will man es vorläufig bei 8 belassen. Der Min. bittet den Antrag Betz abzulehnen, ebenso die Resolution, durch die Reg. gebunden werden soll. Käs (V.-P.) findet diesen Standpunkt für acceptabel. Kiene (Z.) erklärt für seine Fraktion, daß dieselbe für die Resolution stimme, den Antrag Betz aber ablehne. Hierauf wird der Antrag Betz-Erhardt mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt, auch die Resolution findet keine Mehrheit. Art. 3 bestimmt, daß das Amt der Kammermitglieder ein Ehrenamt ist. Wird angenommen. Bei Art. 4 beantragt die Komm. folgenden Zusatz: „Unabhängig von einer Veranlagung zur Gewerbesteuer sind wahlberechtigt und beitragpflichtig die in einem Handelsregister des Kammerbezirks eingetragenen Gewerbebetriebe des Staats, sowie diejenigen Vorschuß- und Kreditvereine, deren Betriebskapital die Höhe von 50000 ℳ erreicht". An dem bestehenden Wahlrecht wird nichts geändert. Buehle beantragt im Interesse der Genossenschaftsbanken, den Antrag abzulehnen. Dieselben sollen nicht beitragspflichtig sein, da sie kein Handelsgewerbe im gewöhnlichen Sinn betreiben und weil für sie eine Vertretung in der Handelskammer wertlos sei. Henning (V.-P.) tritt dieser Auffassung entgegen, worauf der Komm.-Antrag genehmigt wird. Art. 5 räume auch den Frauen ein Wahlrecht ein. Art. 6 verhindert die doppelte Ausübung des Wahlrechts. Art. 7 regelt die Voraussetzungen der Wählbarkeit. Art. 8 bestimmt, daß mehrere Gesellschaften einer Firma nicht gleichzeitig Kammermitglieder sein können. Art. 9 schließt Personen vom Wahlrecht aus, die im Konkurs stehen ꝛc. Die Art. 10—14 treffen Bestimmungen über die Vornahme der Wahl. Kiene beantragt, daß die geschlossenen Couverts bei dem Ortsvorsteher zum Zwecke der Einsendung an die Bezirkswahlkommission abgegeben werden können. Min. v. Pischek sieht darin eine Gefährdung des Wahlgeheimnisses. Man habe die Abstimmungsbezirke vermehrt und wer es nicht der Mühe finde, alle 3 Jahre einmal zu wählen, für den könne aus dieser Unterlassung auch kein großer Schaden entstehen. Der Antrag Kiene wird mit allen gegen 9 Stimmen abgelehnt. Ohne Debatte werden die Art. 15—38 angenommen, welche Einzelvorschriften über die Wahlen treffen. Neu ist hier nur die Bestimmung, daß ein Mitglied, welches nach dem Urteil der Kammer durch seine Handlungsweise die öffentliche Achtung verloren oder sich eines groben Verstoßes gegen die kaufm. Ehre schuldig gemacht hat, von der Kammer ausgeschlossen werden kann. Bei der Schlußabstimmung wird das ganze Gesetz mit allen gegen einige wenige Stimmen (Betz, Buehle u. a.) angenommen. Schluß der Sitzung 12¼ Uhr. Nächste Sitzung morgen 9 Uhr. T.-O.: Eisenbahnetat.

(50. Sitzung.)

Präs. Payer eröffnet dieselbe 9¼ Uhr. Am Min.-T.: v. Mittnacht, Präs. v. Balz, Dir. v. Mayer. Beratung des Eisenbahnetats. Ref. Kiene (Z.) leitet die allgemeine Erörterung ein und verbreitet sich über einige Tariffragen. Min.-Präs. v. Mittnacht macht über das voraussichtliche Rechnungsergebnis pro 1898 folgende Mitteilungen: Die Reineinnahmen sind auf 18860000 ℳ anzunehmen, mehr gegen den Etatssatz 3614000 ℳ und gegen 1897 mehr um 6,4%. So erfreulich nun diese Ziffern auch sind, so stehe Württemberg unter allen deutschen Staaten, nur etwa Bayern ausgenommen, hinsichtlich der Einnahmeziffer zurück. Der Ausfall durch die Ermäßigung des Stückguttarifs beträgt 400000 ℳ. Bezüglich der Reform der Personentarife haben zwischen den Eisenbahnverwaltungen von Bayern, Württemberg, Baden und den Reichslanden Konferenzen stattgefunden, die in Bälde zu einem Ergebnis führen dürften. Die Vorschläge der württ. Regierung bewegen sich in folgender Richtung: Der Kilometersatz für die I. Klasse soll auf 6 ₰ ermäßigt werden, derjenige für die II. Klasse 4 ₰ und derjenige für die III. Klasse auf 2,5, im äußersten Fall sogar auf 2,3 ₰. Württemberg hat davon einen Ausfall von jährlich 1460000 resp. 2120000 ℳ. Im Wegfall kämen alsdann: 1. die Rückfahrkarten mit Preisermäßigung, 2. die ermäßigten Sonntagskarten, 3. die festen Rundreise-, 4. die Landes-, 5. die Gesellschaftskarten, 6. die Kilometer-, 7. die Fahrscheine, 8. die zusammenstellbaren Fahrscheinhefte. Bleiben würden 1. die Blankokarten, 2. die Zuschläge zu den Schnellzügen, 3. die Monats-, 4. Schüler-, 5. Militär-, 6. Arbeiter-, 7. Kinder-, 8. ermäßigte Karten für gemeinnützige und wohlthätige Zwecke. Sachs (D. P.) begrüßt namentlich den Wegfall der Landeskarten. Haußmann-Bal. (V.-P.) freut sich, daß unsere Verwaltung in der Richtung der Form thätig ist. Zu den Einzelheiten der eben gehörten Vorschläge müssen erst die Fraktionen Stellung nehmen. Einzelne Vorbehalte sollte die württ. Regierung doch machen, so z. B. wegen Beibehaltung der Landeskarten. Für die I. Klasse hätte Redner eine geringere Ermäßigung gewünscht. Zu begrüßen wäre es, wenn die Schnellzugszuschläge wegfallen könnten. Weiter präzisiert Redner die bekannte Stellung der Volkspartei zur Aufbesserungsfrage und begrüßt die Klausel, daß der Staat sich ein Rückkaufsrecht sichert bei der Konzessionierung von Nebenbahnen an Privatgesellschaften. Hinsichtlich der hess. Eisenbahngemeinschaft mit Preußen habe neulich eine Korrespondenz berichtet, die Hessen bereuen es, ihre politische Selbständigkeit gegen ein Linsengericht verkauft zu haben. Min. v. Mittnacht betont gegenüber dem Vorredner: Die württ. Verwaltung müsse auf eine Vereinfachung des Tarifwesens dringen. In Württemberg sehe man vor lauter Ausnahmen den Normaltarif nicht mehr. Hinsichtlich der Besserstellung der kleinen Beamten habe die Reg. ebensoviel Herz wie die Volkspartei. Schmid (V.-P.) tritt für eine Höhertarifierung des Mehles ein. Henning (V.-P.) begrüßt das Aufhören der Rückfahrkarten. Gäbe man die Schnellzüge ohne Zuschläge frei, so würden diese geradezu bestürmt. Besonderen Wert legt der Redner darauf, daß Württemberg sich der allgemeinen Bahnhofsperre nicht anschließt. Redner verlangt ferner, daß die Bahn Nachnahmen rascher ausbezahlt. Präs. v. Balz erwidert, daß aus Ulm neuerdings ein dringender Antrag auf Einführung der Sperre eingegangen sei. v. Geß (D. P.) polemisiert gegen Haußmann wegen seiner Aeußerung zur Aufbesserungsfrage. Man

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

dürfte, wenn man an die Sätze der Anwälte denke, auch die Besserstellung unserer höheren Beamten nicht ganz von der Hand weisen. Haußmann-Bal. Herr v. Geß habe ihm die Worte in den Mund gelegt: Bei den mittleren und höheren Beamten wäre eine weitere Aufbesserung vom Uebel. Hätte das in einem deutschparteilichen Organ gestanden, so würde es als tendenziöse Unterstellung zu bezeichnen sein. Präs. Payer: Er könne nicht dulden, daß ein Abg. auch in der bedingten Form abgeurteilt werde. Haußmann (fortfahrend): Herr v. Geß habe zweifellos schlecht gehört, aber die deutschparteil. Organe haben in bewußter Frage die Absichten der Volkspartei zu entstellen gesucht. Die Volkspartei stehe dem Aufbesserungsplan wohlwollend gegenüber, sie prüfe aber die Verhältnisse im Interesse der Steuerzahler, bei welchen öfters eine größere Notlage herrsche als bei den Beamten. Min. v. Mittnacht legt dem Hause nahe, sich schlüssig zu machen über die Stellung zu den Reformvorschlägen. Die Fraktionen können sich zwar 8—14 Tage Zeit lassen. Um 1¾ Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Morgen 9 Uhr Forts. der heutigen T.-O.

Deutscher Reichstag.

‡ Der Reichstag nahm am Mittwoch zunächst die erste Lesung des Gesetzentwurfes vor, welcher im Ganzen 5180000 ℳ aus den Mitteln des Reichsinvalidenfonds zur Unterstützung nicht anerkannter Invaliden oder bedürftiger ehemaliger Kriegsteilnehmer für das Rechnungsjahr 1899 verwendet wissen will. Außerdem schlägt die Vorlage für den gleichen Zeitraum die Gewährung von 600000 ℳ an die Hinterbliebenen von Feldzugsteilnehmern, die im Kriege gefallen oder ihren empfangenen Wunden erlegen sind, vor. Der Tendenz der Vorlage wurde in der Debatte von allen Seiten zugestimmt, doch erklärten die Abgg. Graf Ortola (nat.-lib.), Gröber (Zentr.) und Singer die in der Vorlage ausgeworfenen Summen als unzulänglich. Die Diskussion verlief schließlich in eine große Auseinandersetzung zwischen dem Sozialistenführer Singer einerseits, den konservativen Abgg. v. Staudy und v. Kardorff anderseits über die ländlichen Arbeiterverhältnisse im Osten, und endete mit dem Beschlusse, die weitere Beratung dieser Vorlage gleich im Plenum durchzunehmen. Hierauf setzte das Haus die vor Pfingsten abgebrochene zweite Lesung der Novelle zum Invaliditätsversicherungsgesetz bei § 51 fort. Dem Antrag v. Loebell, Rentenstellen nur in industriellen, dichtbevölkerten Gegenden zu errichten, lehnte der Reichstag ab, dafür gelangte genannter § in der Kommissionsfassung zur Annahme. Die §§ 51a—51k, welche von den Funktionen und der Zusammensetzung der Rentenstellen handeln, wurden im Allgemeinen in der Kommissionsfassung unter Ablehnung der zahlreichen sozialdemokratischen Abänderungsanträge, die auf Einschränkung der Befugnisse der Landescentralbehörde zu Gunsten der Ausschüsse zielten, genehmigt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Vorlage bis mit § 66 erledigt, und zwar vorwiegend nach den Kommissionsbeschlüssen.

Tages-Neuigkeiten.

Deutsches Reich.

z. Nagold, 12. Juni. (Unlieb verspätet.) Am vorletzten Sonntag den 4. d. Mts. tagte in der Bierbrauerei zur „Traube" dahier die jährl. ordentliche Generalversammlung der Bezirkskrankenkasse Nagold. Der Vorsitzende, Fabrikant Stephan Schaible, eröffnete und begrüßte um 3½ Uhr nachmittags die Versammlung. Der festgesetzten Tagesordnung gemäß kam nun zur Verhandlung: I. Abnahme der Jahresrechnung pro 1897, welche schon in der vorjährigen Generalversammlung publiziert wurde, wegen noch nicht erfolgter Revision damals aber nicht abgenommen werden konnte, nachdem jedoch diese in der Zwischenzeit nachgeholt worden ist, wurde auf Antrag des Vorsitzenden ohne weitere Umstände Decharge erteilt. Die Publikation der 8 Tage lang auf der Kanzlei des Kassiers, Stadtpflegers Lenz, zur Einsicht aufgelegt gewesenen Jahresrechnung pro 1898 wies folgende Ziffern auf: Einnahmen 12419 ℳ 02 ₰, Ausgaben 11900 ℳ 05 ₰ somit Kassenbestand am Schlusse des Jahres 1898 518 ℳ 97 ₰ (außerdem je 5945 ℳ 04 ₰ Einnahmen und Ausgaben für Invaliditäts- und Alters-Versicherung). Das schuldenfreie Vermögen besteht in 8727 ℳ 72 ₰ und hat gegenüber dem Vorjahr zugenommen um 1995 ℳ 38 ₰. Der Reservefond — unter jenem Vermögen begriffen — ist angewachsen auf 8000 ℳ, womit zwar die vorgeschriebene Minimalhöhe noch nicht erreicht, jedoch bei günstiger Gestaltung des Rechnungsjahres 1899 binnen Jahresfrist zuversichtlich zu erwarten ist. Durchschnittliche Mitgliederzahl von 1898 881, Zahl der Krankheitsfälle 286, der Sterbefälle 7, der Krankheitstage, wegen deren Krankengeld oder Spitalverpflegung in Anspruch genommen wurde, 5568. Der Rechnungsausschuß, namens dessen Maurermeister J. Beutler referierte, fand Bücher und Belege in Ordnung. Der Vorsitzende, die verschiedentlichen unvermuteten Kassenrevisionen etc. streifend, bemerkte hiezu u. A., es scheine ihm keine Gefahr vorhanden zu sein, daß der Kassier mit dem Kassenvermögen durchbrenne. — Auch die Jahresrechnung pro 1898 wurde hierauf abgenommen und dem Kassier, sowie der Vorstandschaft Entlastung erteilt. II. Wahl des Rechnungsausschusses: Per Acclamation wurden die 3 im Vorjahr bestellten Herren wiedergewählt. III. Ergänzungswahl des Kassenvorstands: Auszutreten hatten: Wilh. Benz, Werkmeister, als Arbeitgeber-Vertreter, Frdr. Theurer, Schreiner, und Frdr. Huzel, Schreiner, als Arbeitervertreter je nach Ablauf ihrer Wahlperiode; wegen Ausscheidens aus der Kasse infolge Invalidierung trat aus: der Arbeitervertreter alt Kont. Deuble, Oeler, für welchen ein Ersatz auf 2 Jahre zu wählen war. Durch Acclamation wurden erstere 3 Herren auf 3 Jahre wiedergewählt, während als Ersatz für Deuble in geheimer Abstimmung Michael Drescher, Maurer, bestellt wurde. Sämtliche Vorstandsmitglieder haben ihren Sitz in Nagold, was bei manchmal rasch erforderlichem Zusammentreten der Vorstandschaft sehr vorteilhaft ist. IV. Sonstiges. Der prächtigen Witterung wegen wurde mehrseitigem Wunsche, die Abwicklung der Tagesordnung möglichst zu beschleunigen, Rechnung getragen, es beschränkte sich daher der Vorsitzende, nachdem seiner Aufforderung, etwaige Beschwerden gegen die Organe der Krankenkasse einschl. Kassenärzte vorzubringen, niemand Folge gab, noch darauf, die Arbeiter und hauptsächlich die jüngeren (gleichgiltigeren) derselben auf die Wichtigkeit guter Aufbewahrung der Bescheinigungen für aufgerechnete Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge hinzuweisen. Sofort schloß sodann der Vorsitzende die Versammlung um 5 Uhr unter Danksagung für die zahlreiche Beteiligung und mit dem Ersuchen, das nächstemal noch mehr Interessenten mitbringen zu wollen. Namens der Generalversammlung drückte schließlich noch Stadtpfleger Lenz (als Arbeitgebervertreter) der Vorstandschaft und namentlich dem Vorsitzenden für die dem Kasseninstitut im verflossenen Jahr geleisteten uneigennützigen Dienste den gebührenden Dank aus. Nachschrift: Der Berichterstatter macht die Krankenkassen-Mitglieder auf den sie angenehm berührenden neuesten Reichstagsbeschluß aufmerksam, wonach die Abschaffung der Karenzzeit bei der Krankenversicherung, also die künftige Bezahlung der ersten 3 Krankheitstage in Aussicht steht.

* Nagold, 12. Juni. Die Arbeit schulpflichtiger Kinder. Bei der Beratung des Titels „Gewerbeinspektion" hat die württ. Kammer der Abgeordneten einen Antrag Gröber, Kiene und Gen. einstimmig angenommen, der dahin geht, die Regierung zu ersuchen, gegen die vorzeitige und übermäßige Ausnützung der Arbeitskraft schulpflichtiger Kinder geeignete Maßregeln zu ergreifen. Es handelt sich um die Beschäftigung, bezw. „Ausnützung" von Kindern in Fabriken, in Handwerks- und Kleinbetrieben, in der Hausindustrie, bei Gelegenheitsdiensten und in der Land- und Forstwirtschaft. Wenn wir zunächst an die Landwirtschaft denken, so besteht da ein großer Mangel an Arbeitskräften. Wer soll denn, wenn es wegen der Witterungsverhältnisse eilig ist, bei der Feldbestellung, den Erntegeschäften 2c. helfen? Da ist es doch namentlich in ärmeren Familien ganz natürlich, daß die eigenen Kinder kräftig mit eingreifen müssen. Wenn mitunter Härten vorkommen, so ist das ja bedauerlich; aber auf der andern Seite werden solche Kinder abgehärtet und schon früh an den Ernst des Lebens gewöhnt. Sie werden unsere tüchtigsten Landwirte. Nur in einem Punkte sollte überall streng darauf geachtet werden, daß die Kinder nicht überangestrengt werden: sie sollten von abends 7 Uhr bis morgens 7 Uhr gar nicht beschäftigt werden, denn das Zuviel ist vom Uebel. Es steht, nach dem einstimmig gefaßten Beschluß der Abg.-Kammer, zu erwarten, daß hier eingesetzt werden wird mit einem Verbot.

Nagold, 9. Juni. Die Amtsblattfrage scheint man neuerdings aufrollen zu wollen, denn anders können die Aeußerungen kaum gedeutet werden, welche von Abgeordneten des Zentrums in der Kammer am 24. Mai fielen. Sie sprachen schon früher von Uebelständen im Amtsblattwesen, die beseitigt werden sollten. Gut, fassen wir das Wort auf. Giebt es Uebelstände im Amtsblattwesen? Zweifelsohne, allein sie sind doch anderer Natur, als in der Kammer von genannter Seite geklagt wurde und sie werden zwischen den hier zuständigen Faktoren, allerdings ohne den Landtag, geregelt werden. Es wurde vorgegeben, daß nicht alle Bürger von den amtlichen Anzeigen durch die Amtsblätter unterrichtet würden, weil nicht alle Bürger die Amtsblätter hielten und es durch eine Reihe von Bedingungen den Nichtamtsblättern erschwert werde, die amtlichen Anzeigen gleichzeitig mit den Amtsblättern abzudrucken. Dieser Grund, um wieder einmal über die parteilose Presse loszuziehen, ist recht schwach und unhaltbar, auch wenn mit der schönen Phrase verbrämt: „Das Ganze soll man ins Auge fassen". Abgesehen davon, daß man auf jener Seite zu verschiedenen Zeiten verschieden über den Begriff „Das Ganze" zu denken scheint, und z. B. in der wichtigen, unendlich viel Vorarbeiten erheischenden Steuerreformfrage die Berücksichtigung des Ganzen völlig vergessen hat, geht es denn doch über das Maß des Erlaubten und Begreiflichen hinaus, wenn immer und immer wieder die Kammer zum Tummelplatz solcher ungerechtfertigten Befehdung eines Teils der Presse gemacht wird, welcher in seiner Amtszeigenschaft, in der ihm eigenen und für die Allgemeinheit recht ersprießlichen Unparteilichkeit von jeher redlich das Seine zur Verbreitung gesunder staatsbürgerlicher Belehrung, zur Aufklärung über die Intentionen der Regierung und zur Ueberwindung der mit der Parteipolitik Hand in Hand gehenden Aufregung gethan hat. Es ist jedoch auch an sich nicht glaubhaft, daß das Publikum durch die Amtsblätter über die amtlichen Bekanntmachungen nicht genügend unterrichtet würde, denn die Auflagen der Amtsblätter haben sich mehr als verdreifacht, während die Bevölkerungszahl nicht in gleichem Maße gewachsen ist. Es liegt also zu der aufgestellten Behauptung keine Bestätigung in den thatsächlichen Verhältnissen vor; die bewegliche Klage über die Amtsblätter kann nur von dem Wunsche eingegeben sein, die nichtamtlichen Parteiblätter auf Kosten der Amtsblätter zu begünstigen und zu fördern. Gegenüber diesen unberechtigten Anbohrungen und versuchten Herabwürdigungen der Amtsblätter ist es zweifellos geboten zu erklären: In die Amtsblattangelegenheit hat der Landtag gar nichts hineinzureden, da es sich hier lediglich um Verhältnisse handelt, welche seit einer langen Reihe von Jahren geregelt sind. Durch Verträge haben die Amtsblattverleger Rechte erworben, und mit Rücksicht auf die vertragsmäßige Regelung ihren Geschäftsbetrieb eingerichtet resp. um teuren Preis übernommen. In die auf wohlerworbene Rechte gestützten Verhältnisse der Einzelnen will nun das Zentrum eingreifen, während es doch bei der Frage der Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher den Schutz der wohlerworbenen Rechte der derzeitigen Ortsvorsteher als eine Forderung der Gerechtigkeit verteidigt hat. Der Landtag selbst hat für die Amtsblätter keinen Pfennig zu bewilligen. Natürlich kann man es einem Abgeordneten nicht verbieten, über diese und noch tausend andere Dinge zu reden, falls es ihm beliebt. Die fortwährende Anfeindung der Amtsblätter kann also nach dem Angeführten keinen andern Erfolg haben, als den, daß einige Parteiblätter auf Kosten der Amtsblätter eine finanzielle Unterstützung erhalten würden. Das wäre also das ganze Ergebnis des angeblich angestrebten Schutzes der Allgemeinheit.

Stuttgart, Juni. Im Jahre 1898 sind in Württemberg laut Mitteilungen des K. Statistischen Landesamtes 33 Oberämter mit 129 Gemeinden von Hagelschlag betroffen worden. Vollständig beschädigt wurden 11,089 ha (1897: 42,427 ha); der Geldwert des angerichteten Schadens wird zu 6,050,218 ℳ (19,249,093 ℳ) geschätzt. An diesem Schadenwert ist das Oberamt Leonberg allein mit 1,933,437 ℳ beteiligt. Von der gesamten Anbaufläche des Landes nimmt die total beschädigte Fläche 0,95% (3,7%) ein. Durch Ueberschwemmungen wurden von 12 Oberamtsbezirken Nürtingen (53,163 ℳ), Tübingen (35,586 ℳ), Urach (18,954 ℳ) und Biberach (15,954 ℳ) am schwersten heimgesucht; der Gesamtschaden in sämtlichen 12 Bezirken beziffert sich auf 147,837 ℳ (37,661 ℳ i. V.).

Stuttgart, 8. Juni. In einer Protestversammlung im Dinkelacker'schen Saalbau gegen die sogen. Zuchthausvorlage nahm die Soz.-Dem. folgende Resolution an: Die heute stattgehabte Volksversammlung weist das geplante, angeblich zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses bestimmte Gesetz einmütig und mit Entrüstung zurück. — Sie erklärt es als das natürliche Recht der Arbeiter, bei Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen in gleicher Weise mitbestimmen zu können, wie die Unternehmer. — Als unentbehrliches Mittel dazu betrachtet die Arbeiterschaft die gewerkschaftliche Organisation und die ungehinderte Benützung eines freien gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts. — Die Versammelten bestreiten, daß irgend ein Grund vorliegt, dieses Recht durch neue Beschränkungen und drakonische Strafandrohungen in Frage zu stellen. Bisher hat sich schon der § 153 der Gewerbeordnung in seiner Anwendung und Auslegung als ein schweres Hindernis und eine beständige Bedrohung gegenüber der Arbeiterklasse erwiesen. Angesichts der wachsenden Macht der Unternehmerklasse ist es geboten, gegen jede weitere Einschränkung des jetzt bestehenden Koalitionsrechts zu protestieren, vielmehr dessen zeitgemäße Erweiterung zu verlangen. — Diese Versammlung fordert deshalb die Arbeiter in Stadt und Land auf, sich dem Protest gegen das drohende Ausnahmegesetz anzuschließen. Von den Mitgliedern des Reichstags wird erwartet, daß sie den vorliegenden Gesetzentwurf sofort und in allen Punkten ablehnen.

Dotternhausen, 8. Juni. Freiherr Georg Cotta von Cottendorf, der hier seinen Sitz hat, erteilte der Balinger Ortsgruppe des Schwäbischen Albvereins die Erlaubnis zum Bau einer Hütte auf dem Lochen und spendete den reichen Baubeitrag von 200 ℳ. Der Lochen mit dem Lochenstein, auf dessen Plateau die Hütte errichtet werden soll, ist Eigentum des Freiherrn von Cotta.

Die Verlobung der Großfürstin Helene mit dem Prinzen Maximilian von Baden aufgehoben. Wie aus Karlsruhe telegraphirt wird, ist die Verlobung der Großfürstin Helene, der Tochter des Großfürsten Wladimir von Rußland, mit dem Prinzen Maximilian von Baden rückgängig gemacht worden, und zwar auf den persönlichen Wunsch der Braut. Die 17jährige Prinzessin soll für den jüngsten Bruder des Zaren, den Großfürsten Michael, eine tiefe Neigung gefaßt haben, und falls eine Realisirung ihrer Absicht erfolge, hätte sie die Möglichkeit, in ihrem Vaterland zu verbleiben, woran ihr besonders gelegen sein soll. In Hofkreisen hofft man indes noch auf eine Verständigung zu Gunsten des Prinzen Maximilian, doch sind die Aussichten vorläufig noch sehr schwach. In den Petersburger Kunsthandlungen sind sämtliche Photographieen, die das Brautpaar auf einem Bilde darstellten, bereits konfiszirt worden.

Berlin, 9. Juni. Die gestrige antisemitische Versammlung wurde während der Rede des Grafen Pückler aufgelöst, als derselbe die Anwesenden aufforderte, die Knüttel zu ergreifen und mit ihnen auf die Juden einzuhauen. Die Auflösung durch den überwachenden Polizei-Leutnant erfolgte auf Grund des § 5 des Vereinsgesetzes. Die nächste Pückler-Versammlung findet am Samstag abend statt.

Ausland.

Bern, 9. Juni. Der hiesige deutsche Gesandte v. Bülow reiste gestern nach Zürich ab, um im Auftrage des Kaiserpaares 2 prachtvolle Kränze am Sarge der Tochter des schweizerischen Gesandten in Berlin, Dr. Roth, niederzulegen. Die Beerdigung findet in Teufen statt.

Bern, 10. Juni. Gestern nachmittag fand unter allgemeiner Teilnahme der Bevölkerung in Teufen die Beisetzung der bei dem Eisenbahnunglück in Bliffingen getöteten Tochter des schweizerischen Gesandten in Berlin Dr. Roth statt. Im Trauergefolge befand sich u. A. der deutsche Gesandte in Bern v. Bülow.

Paris, 9. Juni. Ein Telegramm aus Fort de France berichtet, daß der Aviso „Goeland" gestern nachmittag 2 Uhr den Hauptmann Dreyfus von der Teufels-Insel an Bord des Kreuzers „Sfax" gebracht hat. Der Kreuzer ist sodann nach Cayenne abgedampft.

Paris, 9. Juni. Gestern abend fand eine revisionistische Versammlung zu Ehren Zolas statt, an der etwa 2000 Personen, unter ihnen auch Pressenfs, teilnahmen. Es wurden heftige Reden gegen Mercier und Dupuy gehalten.

Paris, 10. Juni. Der Maire von Domont, Departement Seine et Oire, ist seines Amtes enthoben worden, weil er sich weigerte, das Revisionsurteil des Kassationshofes in der Gemeinde anschlagen zu lassen.

Haag, 10. Juni. In den Kreisen der Friedenskonferenz herrscht eine gedrückte Stimmung. Allgemein wird angenommen, daß sowohl die Abrüstungs- wie die Kriegsrechtskommission einen völligen Mißerfolg aufzuweisen haben dürften. Auch die Hoffnung auf Errichtung

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

eines internationalen Schiedsgerichts haben sich verringert. Die Friedenskonferenz wird nicht über den Juni hinaus tagen.

Paris, 10. Juni. In Cayenne brachte Dreyfus die Zeit von gestern morgens 7 Uhr, der Stunde seiner Uebergabe an den Schiffskapitän Confinieres de Nordeck bis zur Abfahrt des „Sfax", welche heute sechs Uhr zwanzig morgens nach Cayenner Zeit erfolgte, in der mit dem Nötigsten versehenen, unmittelbar an den Maschinenraum anstoßenden Kabine zu, wohin auch die Mahlzeiten gebracht wurden. Dreyfus trägt einen kurzen, mit Silberfäden durchzogenen Vollbart. Veränderungen bezüglich der Bestimmung des Personals auf der Teufelsinsel werden voraussichtlich erst nach dem kriegsgerichtlichen Spruche erfolgen. Einstweilen dürften die Wächter nach Cayenne beurlaubt werden.

Rom, 9. Juni. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Peru beträgt die Zahl der von den Indianern in Mascari, Mollepunca und Corque niedergeschlachteten Menschen über 1000. Die provisorische Regierung von Bolivia entsandte Truppen gegen die Indianer.

† Die italienische Deputirtenkammer steckt noch immer in der Erörterung der Regierungsvorlage, betr. die politischen Maßnahmen; ein Ende dieser langwierigen Debatten ist noch gar nicht abzusehen.

Sofia, 9. Juni. Der bulgarischen Grenzwache ist es gelungen, beim Kloster Rilo 10 bewaffnete revolutionäre Macedonier aufzuhalten, sie zu entwaffnen und unter Escorte nach Sofia zu bringen. Der durch 28 Stiche verwundete Spion Schagmanow lebt noch, seine Verfolger sind Mitglieder eines geheimen Komités und wurden durch Loszieh ung zu dem Mordanfall bestimmt.

Eine Depesche aus Belgrad verzeichnet die Nachricht, König Alexander habe den Entschluß gefaßt, sich mit seiner Cousine, der Tochter des Obersten Constantinovich, zu vermählen, und den Metropoliten um die Erteilung des Dispenses ersucht, da nach orthodoxem Ritus die Verheiratung unter nahen Verwandten unzulässig ist. Das Heiratsprojekt entspreche dem Wunsche des Exkönigs Milan.

London, 9. Juni. „Daily Telegraph" meldet aus Manila, Aguinaldo habe sich zum Diktator der Republik der Philippiner ausrufen lassen.

† Die Lage auf Samoa soll jetzt im Allgemeinen einen ruhigen Charakter angenommen haben. Mataafa wie sein Gegner Malitoa Tanu haben erklärt, sich den Beschlüssen der Oberkommission unterwerfen zu wollen; die Eingeborenen bringen ihre Beschwerden ohne Scheu vor dieselbe. Der amerikanische Kreuzer „Philadelphia" hat mit Admiral Kautz an Bord Samoa am 21. Mai verlassen.

Kleinere Mitteilungen.

Stuttgart, 7. Juni. (Strafkammer.) Unter der Anklage des Betrugs und des einfachen Bankerotts war der 40jährige, verheiratete Fabrikant Karl Ludwig Leibfried von Sindelfingen, Führer der dortigen Volkspartei, vor die Strafkammer geladen, in dessen Vermögen am 10. Sept. v. J. Konkurs eröffnet worden ist und zwar zum zweiten Mal seit 1893. Derselbe betrieb bis zu diesem Jahr eine Leinen- und von da an eine Baumwollweberei. Im zweiten Konkurs wurden drei ihm befreundete Geschäftsleute von dort mit Beträgen von ℳ 6147, ℳ 3112 und ℳ 5531 dadurch in Mitleidenschaft gezogen, daß sie ihre Giros auf Wechsel gesetzt hatten, welche die Handwerkerbank Sindelfingen sodann ihm diskontierte. Leibfried war angeklagt, diese Giranten durch falsche Vorspiegelungen zur Indossierung der Wechsel bestimmt zu haben. Außerdem unterließ der Angeklagte in der durch das Handelsgesetzbuch vorgeschriebenen Zeit seine Vermögensbilanz zu ziehen. Nach längerer Verhandlung wurde Leibfried wegen zweier Betrugsvergehen betr. die Beträge von ℳ 6147 und ℳ 3112 unter Freisprechung von dem Falle betr. 5531 ℳ und wegen einfachen Bankerotts, wofür eine 10tägige Gefängnisstrafe eingerechnet wurde, zu einer Gesamtstrafe von 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Zu bemerken ist, daß im Konkurs 1893 die Ueberschuldung 33584 ℳ betrug und die Gläubiger 20% ihrer Forderungen durch Zwangsvergleich erhielten, während im zweiten Konkurs vom Vorjahr die Aktiva 16646 ℳ, die Schulden ℳ 47785 betragen, die Ueberschuldung also ℳ 31139 ist.

Cannstatt, 8. Juni. (Korr.) Das benachbarte Münster a. N., das vielen hies. Arbeitern billigere Wohnungsgelegenheit bietet, beabsichtigt in möglichster Bälde eine elektrische Bahnverbindung mit Cannstatt erstellen zu lassen. Zwischen beiden Orten herrscht stets ein reger Verkehr.

Cannstatt, 8. Juni. (Korr.) Beim Abladen von Hausteinen wurde gestern einem 14jährigen Lehrling der Daumen zerquetscht. — In einer Fabrik an der Pragstraße brachte gestern mittag ein jugendlicher Arbeiter den rechten Fuß in eine Maschine und erlitt dabei eine starke Quetschung. Der Verunglückte wurde alsbald ins Bezirkskrankenhaus verbracht.

Obertürkheim, 9. Juni. Von einem bedauerlichen Mißgeschick wurde in den letzten Tagen ein hiesiger Bürger, der im nahen Hedelfingen in einer Wirtschaft einkehrte, daselbst betroffen. In der Wirtschaft hielt sich ein zugelaufener Hund (Bulldogge) auf. Dieser fuhr dem Mann, als er ihn streicheln wollte, plötzlich ins Gesicht und brachte ihm an Nase, Lippen und Kinn schwere Bißwunden bei.

Plochingen, 9. Juni. Die Witwe des jüngst verunglückten Ankupplers Maier, welche erst seit ca. 2 Monaten hier wohnt, hat aus Anlaß des sie betroffenen Unglücks von hies. Einwohnern 230 ℳ 50 ₰ freiwilliges Almosen erhalten. Gewiß ein Beweis von Mildthätigkeit für eine ca. 2000 Einwohner zählende Gemeinde.

Göppingen, 7. Juni. Wegen Verdachts der Vergiftung ihrer Schwiegermutter wurde heute eine Frau Strähle von Eislingen, welche seit Ende April flüchtig ist, hier eingeliefert. Die Strähle sollte seinerzeit dem außerehelichen Kinde des Vereinsdieners Rau auf Anstiften des eigenen Vaters Gift beibringen, doch gedieh der Mordplan nicht bis zur Ausführung. Dagegen erkrankte und starb, wie der „Hohenstaufen" ausführt, in der kritischen Zeit die Schwiegermutter der Strähle unter eigenartigen Umständen. Bei der Oeffnung der Leiche soll zwar Gift gefunden worden sein, doch nicht in solcher Menge, daß man sagen könnte, es sei dadurch der Tod herbeigeführt worden; auch scheint noch nicht klar zu sein, ob das Gift absichtlich beigebracht wurde oder ob bloß ein Versehen vorliegt. Im Laufe der Untersuchung über diesen Todesfall kam auch der Mordversuch an dem Kinde auf, worauf Rau sofort verhaftet wurde. Am 29. April verübte dieser im Gefängnis Selbstmord; die Strähle aber war alsbald nach der Verhaftung Raus flüchtig geworden. Gestern endlich wurde sie laut „N. T." an der Schweizer Grenze aufgegriffen und heute hier eingeliefert. Durch ihre Festnahme dürfte der Sachverhalt nunmehr aufgeklärt werden.

München, 4. Juni. Der Wurst-Fabrikant Winter nahm in einer hies. Badanstalt ein Kastendampfbad, wobei der Badediener den Dampfhahn nicht rechtzeitig schloß und dann den Badegast vergaß. Winter wurde lebendig gekocht und starb unter qualvollen Leiden.

Saarbrücken, 10. Juni. Gestern nachmittag wurde ein Raubanfall und ein Mordversuch auf die Tochter des Musikdirektors Strobe in seinem Hause verübt. Das Mädchen wurde mit einem Beile niedergeschlagen und erheblich, doch nicht lebensgefährlich verletzt.

Frankfurt a. M., 9. Juni. Gestern abend verunglückten beim Ausgraben eines Kanalschachtes in Bockenheim mehrere Arbeiter. Die Ausgrabungsarbeiten wurden im Anschluß an den Kanal vorgenommen. Der Schacht war, entgegen der Vorschrift, nicht abgesprießt. Als sich ein schwerer Stein neben dem Kanal löste, und in die Grube stürzte, ergoß sich im gleichen Augenblick auch schon der Inhalt der Grube über die dort beschäftigten 5 Arbeiter, die durch die ausströmenden Gase augenblicklich bewußtlos wurden. Die Rettungsarbeiten waren sehr erschwert. 2 Arbeiter sind tot, 3 wurden bewußtlos aus der Grube herausgeschafft, doch ist ihr Zustand noch sehr bedenklich. Eine hilfeleistender Mann stürzte in die Grube und war gleichfalls tot. Der betreffende Bauunternehmer ist bereits verhaftet.

Köln a. Rh., 8. Juni. Im Verlauf von Streitigkeiten zwischen zwei Frauenspersonen und daraus erfolgender Parteinahme einer Anzahl radaulustiger Personen kam es gestern abend im Vorort Ehrenfeld zu einem großen Krawall zwischen der Polizei und einer tausendköpfigen Menge. Ein großes Polizeiaufgebot mußte schließlich mit blanker Waffe vorgehen. Die Hauptstraße Ehrenfelds sowie mehrere Seitenstraßen hielt die Menge besetzt, aus den Fenstern wurden Steine auf die Polizei geworfen. Der diensthuende Kommissar gab Befehl zu schärfstem Vorgehen. Zahlreiche Personen wurden durch Säbelhiebe verletzt. Die Gartenlokale und sämtliche Hauswirtschaften wurden demolirt. Erst nachdem die Polizei Verstärkung erhalten und berittene Schutzleute erschienen, gelang es, die Ruhe wieder herzustellen.

Hanau, 9 Juni. In der Ortschaft Pfaffenhausen stürzte ein Neubau ein, wobei der Bauherr getötet, ein Zimmermann schwer und 6 andere leicht verletzt wurden.

Dortmund, 9. Juni. Vergangene Nacht erstach der Reisende Finger den Arbeiter Schöne, weil dieser ihn verspottet hatte.

Berlin, 10. Juni. Ein 60jähriger amerikanischer Rechtsanwalt und seine 25jährige Gattin, eine Berlinerin, vergifteten sich wegen Nahrungssorgen.

Stettin, 7. Juni. Beim Brande eines Wohnhauses hat heute eine aus 7 Personen bestehende Familie den Tod durch Ersticken gefunden.

Rostock, 7. Juni. In der Schnickmannstraße entstand eine gewaltige Feuersbrunst. Es brannten 3 mächtige alte Giebelhäuser, in denen große Vorräte von Lumpen und Fellen aufgestapelt sind, und ein Kornspeicher. Die Häuserpartie Sperlingsnest und die Wokrentstraße waren stark gefährdet.

Gemeinnütziges.

— Da jetzt in nächster Zeit wieder in Feld und Garten der Holunder blüht, wird es vielleicht manchem Leser erwünscht sein, zu erfahren, daß sich aus demselben ein sehr erfrischendes, aromatisches Getränk, sogenannte Holderlimonade oder Holderwein, bereiten läßt. Das Verfahren ist folgendes: Man legt 15—16 Stück schöne Holunderblüten in eine große Schüssel, gießt ½ Liter Weinessig und 4 Liter Wasser dazu, dann werden 2 Pfund Zucker und eine halbe in Scheiben geschnittene Zitrone dazugegeben, alles gut zugedeckt und 48 Stunden stehen gelassen. Hierauf wird die Flüssigkeit durch ein Haarsieb geseiht, in Flaschen gefüllt, gut verkorkt, zur Vorsicht zugebunden und in den Keller gestellt. Nach 14 Tagen ist das Getränke zum Genuß fertig.

— Kitt aus Eiweis und Bleiweis. Man nimmt nach der „Am. Apoth.-Ztg. ein Ei, schlägt dasselbe auf und entfernt seinen Inhalt der zum Kitt selbst keine Verwendung findet. Nur die geringe Menge Eiweiß, die in der Schale zurückbleibt, wird benutzt, indem eine Messerspitze voll Bleiweiß hinzugegeben und mittelst der Finger mit dem Eiweiß verrieben wird. Das zu kittende Objekt wird mäßig erwärmt, um die Luft aus den Poren auszutreiben. Die Mischung wird mit dem Finger aufgetragen, worauf die beiden Bruchflächen fest aneinander gedrückt werden. Nach 24 Stunden ist die Vereinigung eine so vollständige, wie man nur wünschen kann.

„Henneberg-Seide"

— nur ächt, wenn direkt ab meinen Fabriken bezogen — schwarz, weiß und farbig, von 75 ₰ bis 18.65 ℳ per Meter, — in den modernsten Geweben, Farben und Dessins. An jedermann franko und verzollt ins Haus. Muster umgehend.

G. Henneberg's Seidenfabriken (k. u. k. Hofl.), Zürich.

Druck und Verlag der G. W. Zaiser'schen Buchhandlung (Emil Zaiser) Nagold. — Für die Redaktion verantwortlich: K. Paur.

Amtliche und Privat-Bekanntmachungen.

Nagold. Behufs Berechnung der Geld-Entschädigung der Schullehrer für ihre nicht in natura bezogene Fruchtbesoldung wird gemäß Konsistorialerlasses vom 16. Oktober 1860 (Amtsblatt Nr. 70 von 1860) der Preis der nachbenannten Früchte, wie er sich an dem entscheidenden Markttag gestellt hat, hiemit bekannt gemacht.

Schranne:	Markttag des 1. Quartals pro 1899/1900.	Roggen. Mittel- Gewicht pr. Schffl.	Preis p. 50 Kg. Mk.	Pfg.	Dinkel. Mittel- Gewicht pr. Schffl.	Preis p. 50 Kg. Mk.	Pfg.	Haber. Mittel- Gewicht pr. Schffl.	Preis p. 50 Kg. Mk.	Pfg.
		Kg.			Kg.			Kg.		
Nagold	3. Juni 1899.	130	8	32	77	5	72	88	8	—
Altensteig	7. „ „	130	8	46	74	5	90	84	8	50

Den 9. Juni 1899.

K. gemeinschaftl. Oberamt in Schulsachen:
Ritter. Schott.

Herrenberg.

Die

Abhebung von ca. 4000 cbm Gelände

soll vergeben werden.

Uebernahmslustige wollen bis

15. Juni 1899

ihre Angebote beim Stadtschultheißenamt einreichen, wo auch die Bedingungen erfragt werden können.

Den 9. Juni 1899.

Stadtschultheißenamt:
Haußer.

Oberjesingen.

Langholz-Verkauf.

Im hiesigen Gemeindewald werden am Mittwoch den 14. Juni von morgens 10 Uhr an verkauft:

3 Eichen mit 6 Fstm., 22 Stück Bau- und Wagnereichen und 670 Stück eichene Schälstangen.

Anfang im Schlag (Roßhaupt) am Fuhrweg morgens 10 Uhr.

Waldmeister:
Böß.

Gegen Fliegen,

Schnaken, Schwaben, Russen, Flöhe und Wanzen kauft nur „Lahr's Dalma". Es tödet in 10 Minuten alle Fliegen im Zimmer. Nicht giftig. Ueber tausend Dankschreiben! Nur ächt zu haben in Flaschen zu 15, 30 und 50 Pfennigen. Staubbeutel 15 Pfg. Zu haben in Nagold in d. Apoth.

Ausschuß-Papier,

das Kilo zu 26 ₰, empfiehlt G. W. Zaiser.

Glüh-luft gerösteter

Kaffee „Messmer"

FEINSTE MISCHUNGEN

In 1 Pfd. & ½ Pfd. Packeten

Per Pfd. M 1.20, 1.40, 1.60, 1.80, 2.— Türkische Mischung M 2.50

Niederlage bei

Herrn **Hch. Lang, Nagold; P. Wurster** und **P. Buob, Altensteig; F. Schittenhelm** zum „Löwen", **Haiterbach.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Viehzucht-Genossenschaft des Bezirks Nagold.

Vieh-Verkaufsliste.

Altensteig: Faist, Mühlebesitzer.

1 Farren, 11 Monate alt, schöner Gelbscheck. Preis nach Uebereinkunft.

Gültlingen: 1. Karl Bühler.

1 Farren, Hellgelbscheck, 1 Jahr alt, (Vollblut-Simmenthaler). Preis nach Uebereinkunft.

2. Philipp Haug.

1 Farren, Gelbscheck, 1 Jahr alt. Preis nach Uebereinkunft.

Nagold, den 9. Juni 1899.

Vorstand:
Ritter.

Nagold.

Einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum zur Anzeige, daß die

Badanstalt Waldeck

jeden Tag geöffnet ist und empfehle solche zu fleißiger Benützung.

Gottlieb Klaiß.

Die Lieferung von 180 Stück

Leitungsmasten,

10—12 m lang, 14 cm Abloß, weißtannen oder forchen, hat zu vergeben und sieht Offerten auch für Teillieferung entgegen

Elektrizitätswerk Nagold,
C. Klingler.

Mannheimer Café-Import u. Versand-Geschäft Theodor Seyboth

Telefon 1419 **MANNHEIM** Telefon 1419

versendet franko vom Postkolli bis zum Originalballen **gute, kräftige, rohe Café, ungefärbt, belesen** zu 62, 68, 78, 90, 100, 110, 120, 130, 140 ₰ per Pfund, **gute, kräftige, gebrannte Café** zu 80, 85, 90, 100, 110, 115, 120, 130, 140, 150 ₰ per Pfund.

Streng reelle und prompteste Bedienung.

● **Muster gerne zu Diensten.** ●

Täglich zwei Ausgaben. Karlsruhe. Mittags- u. Abend-Ausg.

Badische Presse.

Gelesenste, verbreitetste, reichhaltigste u. billigste Zeitung Badens.

Suchen Sie eine Stelle,
haben Sie *eine Stellung* zu vergeben,
wollen Sie *ein Anwesen* vorteilhaft verkaufen, oder kaufen,
wollen Sie *nachhaltige Erfolge* Ihren Bekanntmachungen sichern,
so inserieren Sie in der

„Badischen Presse"

Täglich 12 bis 32 Seiten grosses Format.

Alle Zeitungsleser, die eine **gute u. doch billige** Zeitung lesen wollen, sollten sich die „Badische Presse" bestellen.

Mittag-Ausgabe: bringt alle nachts und morgens eingehend. Nachrichten und Telegramme, sowie interess. Leitartikel und spannende Romane 2c.

Abend-Zeitung: bringt alle tagsüber einlaufenden neuesten Nachrichten und Depeschen. Die „Badische Presse" wird an rund 1100 Postanstalten täglich zweimal versandt.

Jeder Abonnent bekommt wöchentlich zweimal das **Unterhaltungsblatt** und monatlich zwei Mal den „**Courier**", Allgemeiner Anzeiger für Landwirtschaft, Garten-, Obst- und Weinbau sowie ca. 80 Verlosungslisten jährlich gratis.

Gratis u. franko erhält jeder neu zugehende Abonnent nach Einsendung der Postquittung und 10 Pfg.-Marke f. Frankatur: **1 Roman, 1 Eisenbahn-Kursbuch, 1 Wandkalender,**

Als Prämiengabe erhält jeder Abonnent eine **große Wandkarte des deutschen Reiches** gegen die geringe Nachzahlung von nur 1 ℳ 30 ₰ franko zugesandt. Die Karte ist 1 m breit und 85 cm hoch in 8 Farben hergestellt, mit Stäben u. Oesen versehen, **fertig zum Aufhängen;** für Nichtabonnenten kostet sie 4 ℳ. Ferner wird das Werk, **Aus Deutschlands großen Tagen'**, Erinnerungen aus dem Kriege 1870/71. 180 Seiten, groß Quart, m. 8 Illustrationen, gegen Einsendg. v. nur 50 ₰ (schön gebunden mit reicher Deckenverzierung ℳ 1.50) franko zugesendet. Weiter erhält jeder Abonnent zum Vorzugspreise das hochinteressante Buch: **'Von Karlsruhe nach Chicago'**, Schilderungen amerikanischen Lebens, 3. Aufl., 152 Seiten groß Quart mit 16 Bildern und einer Seekarte, gegen Einsendung von nur 60 ₰ franko. — Preis für Nichtabonnenten ℳ 1.50.

Probenummern gratis und franko.

Abonnementspreis Mk. 1.50 für 3 Monate ohne Postzustellgebühr.

Die **„Badische Presse"** ist ein Familienblatt, das von Alt und Jung gern gelesen wird und sollte in keiner Familie und in keiner Wirtschaft fehlen.

Die **„Badische Presse"** dient als offizielles Publikationsorgan für die städtischen Behörden von Karlsruhe und für eine Reihe von Staats-, Militär-, Bezirks- u. Gemeindebehörden des ganzen Landes.

Im März 1899 notar. beglaub. Aufl. **22656 Ex.** Die „Badische Presse" wird zum Teil gesetzt mit amerikan. Setzmaschinen und gedruckt auf zwei neuesten Rotationsmaschinen.

Jetzige Auflage 23 000.

Nagold.

Feuerwehr.

Am **Sonntag den 18. Juni** rückt die

II. und III. Comp.

zur Uebung aus. Antreten in voller, blanker Ausrüstung morgens **präzis 7 Uhr.** Entschuldigungen werden nur in ganz dringenden Fällen berücksichtigt.

Der Commandant.

Nagold.

Kranken-Unterstützungsverein.

Unser langjähriges Mitglied **Chr. Fr. Hafner**, Leichenschauer, ist gestorben und findet dessen Beerdigung heute Montag abend 6 Uhr statt, wozu die verehrlichen Mitglieder ergebenst einladet. Sammlung beim Trauerhaus.

Der Vorstand.

Wildberg.

Einen tüchtigen

Küblergesellen

sucht

Fr. Böttinger.

Pforzheim.

Kübler-Gesuch.

2 fleißige Arbeiter erhalten bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung; daselbst wird ein

kräftiger Junge

unter günst. Bedingung angenommen.

K. Würz,
Küfer und Küblermeister.

Mädchengesuch.

Ein Mädchen, nicht unter 18 Jahren, findet bis 1. Juli Stelle.

J. Creuzberger,
Calw.

Eine frischmelkige

Gaise mit Jungen

hat zu verkaufen
Wer? — sagt die Exped.

Rohrdorf.

Eine hochträchtige

Kuh

verkauft am **Dienstag den 13. Juni, nachm. 1 Uhr,**

Adam Walz Witwe.

Nagold.

Zum Verpachten 1 Morgen

Wiese

im Buch.

Joh. Gg. Benz.

Beglückt u. beneidet

werden Alle, die eine zarte, weiße Haut, rosigen, jugendfrischen Teint und ein Gesicht ohne Sommersprossen und Hautunreinigkeiten haben, daher gebrauche man nur

Radebeuler Lilienmilchseife

von **Bergmann & Co., Radebeul-Dresden,** à St. 50 ₰ bei **G. W. Zaiser.**

Bernstein-Fussboden-Glanzlack-Farben

in 5 verschiedenen Tonen,
trocknen über Nacht hart
und mit Hochglanz auf!
PREIS per ½ Kº-DOSE MK 1,80
AUS DER FABRIK
FINSTER & MEISNER, MÜNCHEN X
Niederlage bei Herrn
Eugen Berg, Nagold.

Nagold.

Todes-Anzeige.

Samstag abend 9 Uhr durfte unser lieber Gatte und Vater

Chr. Fr. Hafner,
Leichenschauer,

im Alter von nahezu 60 Jahren zur ewigen Ruhe Gottes eingehen, wovon wir Verwandte, Freunde und Bekannte in Kenntnis setzen.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen

die Gattin:
Anne Hafner
mit ihren Kindern.

Beerdigung Montag abend 6 Uhr.

Man bittet, dies statt besonderer Anzeige entgegennehmen zu wollen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hingang unseres l. Gatten und Bruders

Gotthilf Günther

sagen den innigsten Dank

im Namen der trauernden Hinterbliebenen

die Gattin:
Nanele Günther,
die Schwester:
Wilh. Günther, Diakonissin.

Nagold, den 12. Juni 1899.

Mais und Maismehl

empfiehlt in prima, gesunder Qualität, weißes und gelbes, zu den billigsten Preisen, event. franco ins Haus

J. Kempf, Mühle,
Rohrdorf b. N.

Darlehenskassenvereine und Händler erhalten **Vorzugspreise.**

Jugendliche Arbeiter, auch Erwachsene werden noch per sofort bei gutem Lohn gesucht.

Brunnenverwaltg. Bad Teinach.

Nagold.

Frisch eingetroffen:

feinste Dessert-Alpen-Rahmkäse

in Laibchen à 12 und 25 ₰ empfiehlt

Hch. Lang.

Nagold.

Miniatur-Bibliothek.

Nro. 152.

Hand-Atlas von Europa.

12 Karten-Seiten mit erläut. Text.

Preis 10 ₰.

Nro. 140/141.

Wie soll ich mich benehmen?

Ein Buch über den guten Ton in Familie, Gesellschaft u. Oeffentlichkeit.

Preis 20 ₰.

Nro. 200/204.

Praktische Pilzkunde

mit 32 farbigen Abbildungen.

Preis kartoniert 50 ₰.

Vorrätig in der

G. W. Zaiser'schen Buchhandlung.

Nagold.

Unter Bezugnahme auf den Erlaß des K. Oberamts in heutiger Nummer betr. „Ortsbibliotheken" bieten wir

Kataloge

über Bücher und Schriften landw. Inhalts **gratis** an und bitten zu verlangen.

G. W. Zaiser'sche Buchhdlg.

Darlehen auf Hypothek, Lebensversich.-Pol., Wechsel, Schuldschein, Waren, Bürgschaft, ferner Kautionen 2c. schnell erhältl. Man verlange Prospekt von

Gademann & Co. in München II.

Fruchtpreise:

Nagold, 10. Juni 1899.

Neuer Dinkel	6 20	6 01	5 90
Weizen	9 50	9 22	9 —
Gerste	8 40	8 32	8 30
Haber	8 20	8 11	7 90
Bohnen	— —	7 20	— —

Viktualienpreise:

1 Pfund Butter	80—85 ₰
2 Eier	10 ₰

Altensteig, 7. Juni 1899.

Neuer Dinkel	— —	5 90	— —
Haber	— —	8 50	— —
Gerste	— —	8 —	— —
Weizen	10 —	9 33	9 —
Roggen	8 50	8 46	8 40